

MITTEILUNG DES BAYERISCHEN LANDTAGS



München, 17. Oktober 2011

Massenpetition zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region Peiting

In seiner 54. Sitzung am Donnerstag, 29. September 2011 hat sich der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie mit ihm vorliegenden Eingaben zum Thema Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region Peiting befasst. Insgesamt haben sich bislang 182 Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto „Eine Region steht auf“ an den Landtag gewandt. Die Petenten fordern gesetzgeberische Initiativen um den Artikeln 151, 157, 166 und 167 der Verfassung des Freistaates Bayern Geltung zu verleihen. Damit soll die bayerische Bevölkerung vor Ausbeutung, dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse geschützt werden.

Der Ausschuss hat die Eingaben in dieser Sitzung unter Abwägung aller berührten Belange beraten und folgende Entscheidung getroffen:

Die Eingaben werden mit der Stellungnahme der Staatsregierung als erledigt betrachtet (§ 80 Nr.4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag). Dies bedeutet, dass den Anliegen der Petenten durch die Politik der bayerischen Staatsregierung bereits in großem Umfang Rechnung getragen wird und der Ausschuss dies zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Der Landtag hatte die Staatsregierung zunächst aufgefordert, zu dem Vorbringen der Petenten Stellung zu nehmen. Dazu hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ausgeführt:

- Der Freistaat zählt beim wirtschaftlichen Wohlstand zu den Spitzenreitern in Deutschland, Europa und der Welt. Grundlage und Voraussetzung für diese Spitzenposition Bayerns sind eine hohe Investitions-, Innovations- und Beschäftigungsdynamik sowie eine ausgeprägte Kapitalbildung.
- Bei der Beschäftigung können in Bayern aktuell historische Höchststände verzeichnet werden. Nie zuvor waren mehr Menschen im Freistaat sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie derzeit. Von der positiven Beschäftigungsdynamik profitiert auch die Region Weilheim-Schongau. Im September 2010 gingen hier 41.093 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Gegenüber September 2000 bedeutet dies einen Zuwachs von 4.000 Personen (+ 10,8 Prozent). Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nahm dagegen im gleichen Zeitraum nur unterproportional um 300 (+ 4,2 Prozent) auf 7.360 zu. Das zeigt: nicht prekäre, sondern sozialversiche-

81627 München • Landtagsamt • Ausschussdienst
Telefon 089 41 26 – 0
Telefax 089 41 26 – 13 92
E-Mail: landtag@bayern.landtag.de
Internet: <http://www.bayern.landtag.de>

MITTEILUNG DES BAYERISCHEN LANDTAGS



rungspflichtige Arbeitsplätze sind in der Region Weilheim-Schongau in großem Stil entstanden.

- Im Ländervergleich hat der Freistaat das geringste Armutsrisiko. So war die Quote von Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II beziehungsweise Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch als Anteil an der Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren in Bayern 2009 mit 5,0 Prozent die niedrigste in Deutschland.
- Bayern weist eine weit überdurchschnittliche gesamtwirtschaftliche Investitionsquote und mit die höchsten FuE-Aufwendungen auf. Mit ihrer neuen Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“ knüpft die Staatsregierung daran an und stellt die Weichen für eine auch weiterhin erfolgreiche Innovationspolitik.
- Produktionsverlagerungen und damit verbundene Arbeitsplatzverluste bedeuten für die betroffenen Mitarbeiter und ihre Familien ohne Zweifel einen schweren Schlag. Die Bayerische Staatsregierung setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten oftmals erfolgreich dafür ein, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und die Folgen für die Menschen so gering wie möglich zu halten. Auch bei den jüngsten Verlagerungen in Peiting hat sich das Bayerische Wirtschaftsministerium in diesem Sinne engagiert. Allerdings sind Werksverlagerungen und -Schließungen Teil des Strukturwandels in einer dynamischen Wirtschaft. Es wäre ordnungspolitisch verfehlt und mittelfristig wirtschaftlich mit großen Nachteilen verbunden, wenn durch staatliche Interventionen überholte Strukturen konserviert würden. Entscheidend ist vielmehr, Altes durch Neues, Zukunftsfähiges zu ersetzen. Das ist im Freistaat bislang stets gelungen.
- Die Bayerische Staatsregierung wird sich im Interesse der Menschen in der Region Peiting-Schongau und in ganz Bayern weiterhin für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze einsetzen. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind dabei gerade in Peiting sehr gut. So betrug die Arbeitslosenquote im Bereich der Arbeitsagentur Weilheim im Juni nur noch 2,7 Prozent. Besonders bemerkenswert ist die trotz des bereits sehr niedrigen Ausgangsniveaus deutliche Verbesserung bei der Zahl der Arbeitslosen in dieser Region. Binnen eines Jahres ist sie um knapp 15 Prozent gesunken. Das zeigt, dass die Menschen hier sehr gute Chancen auf Arbeit haben. Zusammen mit den Verantwortlichen vor Ort in Politik und Wirtschaft wird die Staatsregierung auch in Zukunft ihren Beitrag leisten, dass dies so bleibt.

Der Ausschuss hat diese Ausführungen zustimmend zur Kenntnis genommen. Außerdem hat der Ausschuss beschlossen, aufgrund der Vielzahl von Eingaben auf die individuelle Benachrichtigung der Petenten über den Ausgang des Verfahrens zu verzichten. Stattdessen wird das Ergebnis der Beratungen auf der Internetseite des Landtages veröffentlicht.